



NIEDERSCHRIFT
(öffentlicher Teil)
20. Sitzung des Ausschusses für Soziales in der Wahlperiode
2013/2018
am Dienstag, 01.12.2015

Ort: Großer Sitzungssaal (Haus Trave 7.OG), Kronsfordter Allee 2- 6,
23560 Lübeck,
Beginn: 16:05 Uhr
Ende: 18:30 Uhr

Anwesende Mitglieder

Vorsitz

Andreas Sankewitz- SPD

Mitglieder aus der Bürgerschaft

Ingo Schaffenberg- SPD

Michelle Akyurt- Bü90/DIEGRÜNEN

Antje Jansen- DIE LINKE

2. stv. Stadtpräsident Rolf Klinkel- Bü90/DIEGRÜNEN

Heidmarie Menorca- CDU

Peter Petereit- SPD

Thomas Thalau- CDU

bis 18.28 Uhr

stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.

Yavuz Berrakkarasu- Die PARTEI-PIRATEN

Erika Keusch- CDU

Vertretung für: Frau Gersdorf, Nil

Jean Paul Köpsell- SPD

Gesche Peters- SPD

Vertretung für: Frau Siebdrat, Ulrike

Natalie Regier- BfL

bis 18.04 Uhr

Joachim Schlitzke- FDP

Verwaltung

Senator Sven Schindler- FB 2 - Wirtschaft und Soziales

Petra Schmittner-

Aenne Beuck-
Monika Borso-
Dr. Michael Hamschmidt-
Sigrid Roggensack-
Claudia Schwartz-
Joachim Tag- Jobcenter Lübeck
Wolfgang Weber-
Matthias Wulf-

Gäste

Hauke Guttenberg- KWL GmbH
Erika Bade- Behindertenbeauftragte
Eitel- bis 18.26 Uhr
Samiah El Samadoni- Bürgerbeauftragte f. soz. bis 17.05 Uhr
Angelegenheiten
Peter Jugert- Seniorenbeirat
Sermin Nolte- Forum für MigrantInnen

Entschuldigte Mitglieder

Mitglieder aus der Bürgerschaft

Henning Stabe- CDU fehlt unentschuldigt

stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.

Nil Gersdorf- CDU fehlt entschuldigt
Ulrike Siebdrat- SPD fehlt entschuldigt

T a g e s o r d n u n g

Öffentlicher Teil:

1. **Eröffnung / Begrüßung / Verpflichtung der Ausschussmitglieder, die nicht der Bürgerschaft angehören**
2. **Feststellung der Beschlussfähigkeit**
3. **Feststellung der Tagesordnung**
4. **Feststellung der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung vom 03.11.2015**
5. **Mitteilungen des Vorsitzenden**
6. **Berichte**
 - 6.1. Bericht der Bürgerbeauftragten für soziale Angelegenheiten des Landes Schleswig-Holstein
-mündlicher Bericht Frau El Samadoni-
 - 6.2. Soziale Stadt Moisling - aktueller Sachstand
-mündlicher Bericht Herr Selk (FB 5)-
7. **Beschlussvorlagen**
8. **Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft**
9. **Mitteilungen aus dem Fachbereich 2**
 - 9.1. Liste nicht erledigter Tagesordnungspunkte
Sitzung Ausschuss für Soziales am 01.12.2015
Vorlage: VO/2015/03189
 - 9.2. Unterbringung von Flüchtlingen
-Mündlicher Sachstandsbericht Senator Schindler-
 - 9.3. Vorstellung der geplanten Gemeinschaftsunterkunft Ostseestraße
 - 9.4. Vorstellung der geplanten Gemeinschaftsunterkunft Bornkamp
 - 9.5. Einführung der elektronischen Gesundheitskarte für Flüchtlinge
 - 9.6. Bericht zur aktuellen Betreuungssituation von Flüchtlingen

9.7. Anfrage von Herrn Klinkel zur Wohnraumsituation

10. Anfragen/Antworten

10.1. EAE auf dem Volksfestplatz
Anfrage des AM Joachim Schlitzke
Vorlage: VO/2015/03196

11. Anträge von Ausschussmitgliedern

11.1. Faltblatt zu Verhaltensregeln für Flüchtlinge in der Hansestadt Lübeck
Antrag des AM Joachim Schlitzke
Vorlage: VO/2015/03185

12. Verschiedenes

19. Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Öffentlicher Teil:

TOP 1 Eröffnung / Begrüßung / Verpflichtung der Ausschussmitglieder, die nicht der Bürgerschaft angehören

Der Vorsitzende eröffnet die 20. Sitzung des Ausschusses für Soziales in der Wahlperiode 2013-2018.

Er begrüßt die Mitglieder des Ausschusses, Vertreterinnen und Vertreter der Verwaltung, Herrn Jugert vom Seniorenbeirat, Frau Bade (Beauftragte für Menschen mit Behinderung), Frau Nolte (Forum für MigrantInnen), Frau El Samadoni (Bürgerbeauftragte für soziale Angelegenheiten des Landes Schleswig-Holstein), Frau Eitel von der Gemeindediakonie, Herrn Guttenberg von KWL, einen Vertreter der Presse sowie die Öffentlichkeit.

Frau Siebdrat wird von Frau Peters vertreten. Frau Keusch vertritt Frau Gersdorf. Herr Stabe fehlt unentschuldig.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

TOP 2 Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Unter dem TOP 9 – „Mitteilungen aus dem Fachbereich 2“ werden weiterhin Mitteilungen zu folgenden Themen gegeben:

9.3 Vorstellung der geplanten Gemeinschaftsunterkunft Ostseestraße

9.4 Vorstellung der geplanten Gemeinschaftsunterkunft Bornkamp

9.5 Einführung der elektronischen Gesundheitskarte für Flüchtlinge

9.6 Bericht zur aktuellen Betreuungssituation von Flüchtlingen

9.7 Anfrage von Herrn Klinkel zur Wohnraumsituation

Herr Schlitzke zieht seine Anfrage zu VO/2015/03196 zurück.

Der Zuordnung der TOPe 13 bis 18 zum nichtöffentlichen Teil der Sitzung wird einstimmig zugestimmt.

Die Tagesordnung ist damit festgestellt.

**TOP 4 Feststellung der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung vom
03.11.2015**

Auf Anfrage des Vorsitzenden werden keine Einwände vorgetragen.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

TOP 5 Mitteilungen des Vorsitzenden

Es gibt keine Mitteilungen.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

TOP 6 Berichte

**TOP 6.1 Bericht der Bürgerbeauftragten für soziale Angelegenheiten des Landes
Schleswig-Holstein
-mündlicher Bericht Frau El Samadoni-**

Frau El Samadoni erläutert aus ihrem Tätigkeitsbericht 2014 die Situation im Land und besonders in Lübeck.

Sie stellt das neue Outfit des Tätigkeitsberichtes vor. Dieses soll ihre Ziele besser visualisieren. Sie bemängelt, dass in der Verwaltung oft die Menschlichkeit fehle. Dazu erzählt sie von einem konkreten Fallbeispiel.

Frau El Samadoni berichtet daneben über die Einrichtung einer Antidiskriminierungsstelle, die ebenfalls von ihr geleitet wird.

Aus dem Bereich des SGB II sind die meisten Eingaben zu den Kosten der Unterkunft zu verzeichnen. Sie wünscht sich mehr Flexibilität in der Anwendung von Richtlinien und weiteren Wohnungsbau.

Ein Fallbeispiel aus dem aus dem Jobcenter Lübeck wird dargestellt.

Im SGB XII sind steigende Zahlen von Leistungsempfängern zu verzeichnen, daher besteht auch ein größerer Beratungsbedarf.

Weitere Probleme sind der Zugang zur gesetzlichen Krankenversicherung und die Höhe des Stromanteils im Regelsatz.

Besonders darauf hinweisen, möchte Frau El Samadoni, dass die Bescheide für Leistungsempfänger in Pflegeheimen zwar korrekt aber für die Betroffenen oft nicht verständlich sind. Sie weist insoweit auf die Veranstaltung am 07.12.2015 „Gute Sozialverwaltung durch besseres Verstehen“ hin.

Für 2015 lobt Frau El Samadoni den besonderen Umgang mit Fragen zu den Kosten der Unterkunft, in denen in Lübeck zur Zeit sehr gut einzelfallbezogene Entscheidungen getroffen werden. Die Eingaben sind in diesem Bereich zurückgegangen. Sie bittet allerdings das Jobcenter zu prüfen, ob Bildungsgutscheine für einen Teilzeitkurs in der Altenpflege gewährt werden können.

Das Modell des I-Pools für Schulbegleitung in Lübeck scheint sich zu bewähren, es gibt dazu keine Eingaben aus Lübeck.

Bei der Kita – Entgeltermäßigung haben sich in einer Eingabe Berechnungsfehler herausgestellt, wie die fehlende Anrechnung von Heizkosten, die Anrechnung der Kindergeldnachzahlung 2015 (die gesetzlich ausgeschlossen wurde) sowie falsche Grundlage von Kosten der Unterkunft (Anwendung der Wohngeldtabelle, obwohl die MOG nach dem schlüssigen Konzept höher sind). Sie bittet dieses Problem an den FB 4 weiterzuleiten.

Die Zusammenarbeit mit der Verwaltung in Lübeck wird von der Bürgerbeauftragten gelobt.

Herr Klinkel spricht die Verständlichkeit von Bescheiden an und Frau Akyurt verweist nochmals auf das Problem der Erreichbarkeit und des Verschwindens von Unterlagen. Frau El Samadoni sind die Probleme bekannt, versteht aber, dass ein Callcenter mehr Effizienz bietet und hofft, dass sich das Problem des Verschwindens von Unterlagen mit der e-Akte verbessert.

Auf die Anfrage von Frau Menorca erklärt sich Frau El Samadoni bereit, auch den Bericht der Antidiskriminierungsstelle vorzustellen. Sie wird für den Ausschuss einige Exemplare übersenden.

Frau Menorca macht die verschämte Altersarmut Sorgen. Frau El Samadoni beantwortet daneben die Fragen von Frau Regier zu den Kita-Plätzen.

Herr Sankewitz bedankt sich bei Frau El Samadoni für ihren Bericht.

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

TOP 6.2 Soziale Stadt Moisling - aktueller Sachstand -mündlicher Bericht Herr Selk (FB 5)-

Herr Weber vertritt heute Herrn Selk und berichtet turnusmäßig über die „Soziale Stadt Moisling“.

Ende Oktober hat die Investitionsbank eine Förderzusage über ca. 3,5 Mio EUR erteilt. Es waren ursprünglich über 7 Mio EUR beantragt. Die Hansestadt Lübeck kann aber, je nach Projektfortschritt, weitere Anträge auf Fördermittel stellen.

Die Befürchtung von Frau Jansen, dass die Bundesförderung vermindert wurde, konnte Herr Weber nicht bestätigen. Die Bundesmittel für die Städtebauförderung wurden sogar erhöht. Die Auszahlung der Gelder ist nicht gefährdet.

Der erste Schritt der Umsetzung ist mit der Beauftragung eines Quartiersmanagements für Anfang 2016 geplant. Der nächste Schritt ist die Erstellung eines „Integrierten Entwicklungskonzeptes“, welches weitere Fördervoraussetzung ist. Dazu erfolgte bereits eine Bürgerbeteiligungsveranstaltung im September und die Behördenbeteiligung, so dass im Februar 2016 ein Beschluss in der Bürgerschaft herbeigeführt werden soll.

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

TOP 7 **Beschlussvorlagen**

Es liegt nichts vor.

TOP 8 **Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft**

Es liegt nichts vor.

TOP 9 **Mitteilungen aus dem Fachbereich 2**

**TOP 9.1 **Liste nicht erledigter Tagesordnungspunkte
Sitzung Ausschuss für Soziales am 01.12.2015
Vorlage: VO/2015/03189****

Die Liste liegt den Mitgliedern des Ausschusses vor.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**TOP 9.2 **Unterbringung von Flüchtlingen
-Mündlicher Sachstandsbericht Senator Schindler-****

Frau Schwartz berichtet zur aktuellen Situation der Unterbringung von Flüchtlingen anhand einer Powerpoint-Präsentation. Die Präsentation ist in der Anlage der Niederschrift beigefügt.

Ergänzend berichtet sie, dass die Nutzung des Praktikermarktes für die Unterbringung der Flüchtlinge geprüft wird. Dieser wurde bereits für einen möglichen Rückstau von Transitflüchtlinge eingerichtet, der sich aber in Lübeck zur Zeit nicht aufzeigt.

Die Burgfeldhalle und die Hauptturnhalle in der Mühlenstraße werden wieder für den Sportunterricht freigegeben. Ob die beiden Turnhallen später doch benötigt würden, ist derzeit nicht absehbar.

Für die Aufgabe der Flüchtlingsunterbringung wurden 4-5 MitarbeiterInnen bis April 2016 aus anderen Bereichen abgeordnet. Die Stellen werden mittels externer Ausschreibung neu besetzt.

Auf die Nachfrage von Frau Jansen erläutert Frau Schwartz, dass zur Zeit 5 feste und 5 befristete MitarbeiterInnen mit der Aufgabe beschäftigt sind.

Frau Schwartz bestätigt Herrn Thalau, dass in Travemünde 120 Plätze für die Flüchtlingsunterbringung in festen Gemeinschaftsunterkünften und Ferienwohnungen vorgehalten werden und dass der Betreuungsschlüssel für alle Unterbringungsarten 1:40

beträgt.

Frau Menorca möchte bei den Planungen lieber mit einem Sicherheitszuschlag rechnen. Frau Schwartz erklärt, dass bereits für 2016 mit 3.500 Flüchtlingen gerechnet wird, was weit höher als die Planung vom Land ist.

Frau Jansen möchte wissen, ob es für alleinreisende Frauen besondere Unterbringung gibt. Derzeit gibt es bei diesem Personenkreis keine Vorfälle wie sowohl Frau Schwartz als auch Frau Eitel von der Gemeindediakonie bestätigen. Trotzdem laufen bereits Gespräche mit Frau Sasse um beim Neubau von Einrichtungen diesen Personenkreis besonders zu berücksichtigen. Auch die Gemeindediakonie erstellt im Rahmen eines Integrationskonzepts dazu Maßnahmen und sensibilisiert die MitarbeiterInnen entsprechend.

Auch Homosexuelle werden – wenn dies bekannt ist - besonders untergebracht, wie Frau Schwartz Herr Klinkel berichten kann.

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

TOP 9.3 Vorstellung der geplanten Gemeinschaftsunterkunft Ostseestraße

Herr Guttenberg erläutert anhand einer Powerpoint-Präsentation den Aufbau und die Lage der geplanten Gemeinschaftsunterkunft Ostseestraße. Die Präsentation ist zu TOP 9.2 beigefügt.

Auf Rückfrage von Frau Bade wird berichtet, dass das Erdgeschoss behindertengerecht ist, allerdings keine rollstuhlgerechten Toiletten vorhanden sind. Der Personenkreis von Flüchtlingen, die einen Rollstuhl benötigen, wird adäquat anderweitig untergebracht, z.B. in der Solmitzstraße.

Wie viele Flüchtlinge überhaupt behindert sind, wird nicht erhoben.

Auf die Nachfrage von Frau Akyurt zu den Kosten für die Errichtung der Anlage gibt Herr Guttenberg keine Auskunft, damit es bei der Vergabe von Aufträgen nicht zu Problemen kommt.

Herr Schindler und Herr Guttenberg bestätigen Herrn Thalau, dass der KWL nach seinem Wissen in Travemünde keine weiteren Grundstücke gehören, lediglich für Gewerbe.

Herr Thalau möchte daneben wissen, wie die Kinderbetreuung gewährleistet wird. In der Gemeinschaftsunterkunft ist auch eine Spielstube und Tagespflege vorgesehen, wie Frau Schwartz berichten konnte. Auf Nachfrage, ob freie Kita-Plätze ausreichend in Travemünde zur Verfügung stehen, erläutert Frau Eitel, dass die Kinder in der Regel nur bis zu 10 Monaten dort untergebracht sind und im Einzelfall entschieden wird, ob es sinnvoll ist gleich eine Kita zu besuchen oder erst später am neuen Wohnort.

Bei Gesprächen des Bereichs Soziale Sicherung mit dem Fachbereich 4 erfolgen auch die Planungen für SchülerInnen in Daz-Klassen und Kita-Plätze.

Die Bauphase mit Ausnahme der Außenanlagen soll Ende April fertig sein, wenn das Wetter es zulässt, erfährt Herr Schlitzke auf seine Frage.

Herr Schaffenberg fragt nach der Nachnutzung der Gebäude. Herr Guttenberg erläutert, dass die Nutzung für die Flüchtlingsunterbringung für 10 Jahre als Sondernutzung vorgesehen ist. Danach muss es für kulturelle Zwecke lt. B-Plan zur Verfügung gestellt werden. Vorstellbar seien daneben eine Jugendherberge oder Ferienappartements.

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

TOP 9.4 Vorstellung der geplanten Gemeinschaftsunterkunft Bornkamp

Herr Guttenberg erläutert anhand einer Powerpoint-Präsentation den Aufbau und die Lage der geplanten Gemeinschaftsunterkunft Bornkamp. Die Präsentation ist zu TOP 9.2 beigefügt.

Zu der Anlage gibt es keine weiteren Fragen.

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

TOP 9.5 Einführung der elektronischen Gesundheitskarte für Flüchtlinge

Frau Schwartz berichtet über die Einführung der elektronischen Gesundheitskarte für Flüchtlinge.

Das Land Schleswig-Holstein hat mit den Krankenkassen hierzu eine Rahmenvereinbarung geschlossen.

In Zusammenarbeit mit der DAK werden alle Flüchtlinge ab Januar 2016 den Krankenschutz über die DAK erhalten. Sofern die Versicherungskarte noch nicht ausgehändigt werden konnte, wird ein Behandlungsschein ausgestellt. Die Umstellung in kurzer Zeit ist für den Bereich Soziale Sicherung sehr aufwändig, weil der Krankenkasse für jeden Flüchtling ein Foto zur Verfügung gestellt werden muss. Die Verwaltungskosten, die der DAK erstattet werden, betragen nach dem Rahmenvertrag 8% der Leistungen.

Eine Notfallversorgung ist gewährleistet, wie Frau Bade erfahren konnte. Frau Menorca wird ergänzend mitgeteilt, dass die Kosten für eine Karte 10,- EUR betragen.

Auf die Frage von Frau Akyurt zu dem Verfahren und der Information der Flüchtlinge über die Gesundheitskarte teilt Frau Schwartz mit, dass die Gemeindediakonie die Karten an die Flüchtlinge verteilt und auch für Fragen zur Verfügung steht.

Herr Schaffenberg bewertet die Einführung der Gesundheitskarte positiv.

Herr Schlitzke möchte wissen, was mit der Gesundheitskarte abgedeckt ist. Herr Dr. Hamschmidt teilt mit, dass Zusatzleistungen, wie Zahnersatz, Vorsorgekuren, Haushaltshilfen, Wahltarife usw. im Einzelfall von der Hansestadt Lübeck entschieden werden müssen. Die Leistungen richten sich weiterhin nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, so Frau Schwartz.

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Frau Regier verlässt die Sitzung um 18.04 Uhr.

TOP 9.6 Bericht zur aktuellen Betreuungssituation von Flüchtlingen

Frau Eitel von der Gemeindediakonie berichtet über ihre Arbeit. Die Zahl der zu betreuenden Flüchtlinge erhöht sich laufend. Sie haben das Problem, dass sie die Information über neu ankommende Flüchtlinge sehr kurzfristig erhalten.

Die Flüchtlinge werden dann am Bahnhof oder an den Bussen empfangen. Die Aufgaben sind Unterstützung der Bewohner, Stärkung der Selbsthilfepotentiale und Hilfen zur Orientierung (z.B. beim Einkaufen, Mülltrennung, Hygiene, Führen eines Haushalts).

Auch die Anmeldung zur Schule oder die Vermittlung eines Kita-Platzes gehören dazu.

Ein sensibler Bereich ist auch die Betreuung in der Krankheit.

Frau Nachfrage von Herrn Sankewitz erläutert Frau Eitel, dass sie ErzieherInnen und Betreuungsassistenten beschäftigen. Es sind derzeit 69 Personen und es werden laufend neue Stellen besetzt, die Bewerber kommen aus ganz Deutschland.

Frau Eitel bestätigt Frau Bade, dass sich die Flüchtlinge viel untereinander unterstützen.

Herr Schaffenberg fragt, wie das Ehrenamt dort wahrgenommen wird. Frau Eitel bestätigt, dass das enorme Engagement in Lübeck eine große Hilfe darstellt (z.B. in den Kleiderbox). Es gibt auch Kontakte zu dem Forum für MigrantInnen erfährt Frau Menorca.

Herr Sankewitz dankt Frau Eitel für den Bericht und bittet alle Ausschussmitglieder eindringlich, diese Informationen auch an die Fraktionen weiterzugeben.

Frau Eitel bietet den Ausschussmitgliedern an, sich bei Fragen oder Problemen direkt an sie zu wenden.

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

TOP 9.7 Anfrage von Herrn Klinkel zur Wohnraumsituation

Herr Schindler verweist zur der Anfrage von Herrn Klinkel zur Wohnraumsituation auf den Wohnungsmarktbericht 2015 (VO Nr. 3159). Der Bericht wurde allerdings zunächst zurückgestellt.

Frau Akyurt bittet das Thema bei der nächsten Sitzung als eigenen Tagesordnungspunkt aufzunehmen.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Herr Thalau verlässt die Sitzung um 18.27 Uhr.

TOP 10 Anfragen/Antworten

TOP 10.1 EAE auf dem Volksfestplatz Anfrage des AM Joachim Schlitzke Vorlage: VO/2015/03196

Die Anfrage wurde unter TOP 3 zurückgenommen.

TOP 11 Anträge von Ausschussmitgliedern

TOP 11.1 Faltblatt zu Verhaltensregeln für Flüchtlinge in der Hansestadt Lübeck Antrag des AM Joachim Schlitzke Vorlage: VO/2015/03185

Herr Schlitzke erläutert seinen Antrag.

Herr Schindler verweist darauf, dass im Netz bereits diverse Informationsblätter kursieren und er auch nicht die Verwaltung in der Verantwortung sieht, hier Verhaltensregeln vorzugeben.

Herr Petereit hat große „Bauchschmerzen“ bei diesem Antrag und möchte eine Abstimmung ohne weitere Diskussion. Diesem Vorschlag schließen sich Frau Menorca und Frau Akyurt an.

Beschluss:

Es wird ein mehrsprachiges Falblatt mit den wichtigsten Verhaltensregeln für Flüchtlinge in Lübeck erstellt.

Abstimmungsergebnis:

Der Antrag wird abgelehnt.

Ja-Stimmen:	1
Nein-Stimmen:	11
Enthaltungen:	0

TOP 12 Verschiedenes

Herr Sankewitz teilt mit, dass Frau Regier, die die Sitzung bereits verlassen hat, darum gebeten hat, in 2016 weitere Sitzungstermine in den Monaten April und Juli 2016 festzulegen.

Die Ausschussmitglieder sind mehrheitlich der Auffassung, dass dies nicht notwendig ist.

Die Termine für 2016 bleiben wie mitgeteilt bestehen.

Der Vorsitzende schließt den öffentlichen Teil der Sitzung und stellt die Nichtöffentlichkeit her.

TOP 19 Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Der Vorsitzende Teilt mit, dass im nichtöffentlichen Teil der Sitzung die Niederschrift der letzten Ausschusssitzung genehmigt wurde.

Lübeck, den 3. Februar 2016

gez.

Andreas Sankewitz
Vorsitz

gez.

Beate Leu
Protokollführung